

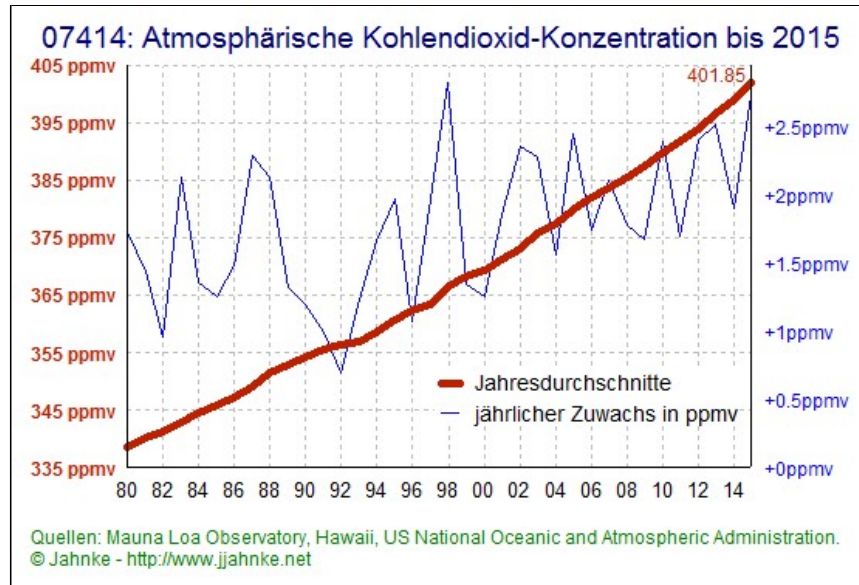


"In times of universal deceit, speaking the truth is a revolutionary act."

"If liberty means anything at all, it means the right to tell people what they do not want to hear" George Orwell

global news 3435 26-02-16: Von der Wachstumsgesellschaft entwöhnen: Wie denn, bitteschön?

Daß Volkswirtschaften nicht ewig wachsen können ist eine Binsenwahrheit seit langen Jahren. Immer höher steigen die CO₂-Emissionen und mit ihnen das Risiko unberechenbarer Klima-Entwicklungen (Abb. 07414). Die Luftverhältnisse sind vielerorts schon miserabel. Die Meere versauern. Ihr Spiegel steigt. Wertvoller Mutterboden wird zubetoniert oder geht anders verloren. Das Artensterben findet kein Ende. Trinkwasser wird an nicht wenigen Plätzen knapp. Und Vieles mehr. Die nächste und noch dramatisch größere Welle an Flüchtlingen könnten Klimaflüchtlinge aus Afrika sein. Man hat in den Wohlstandsländern längst begonnen, über eine Welt ohne Wirtschaftswachstum nachzudenken.

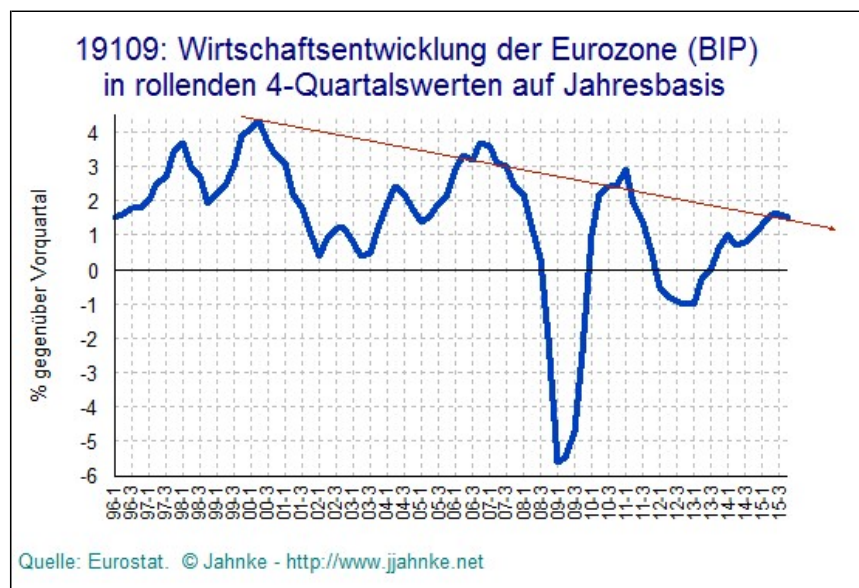
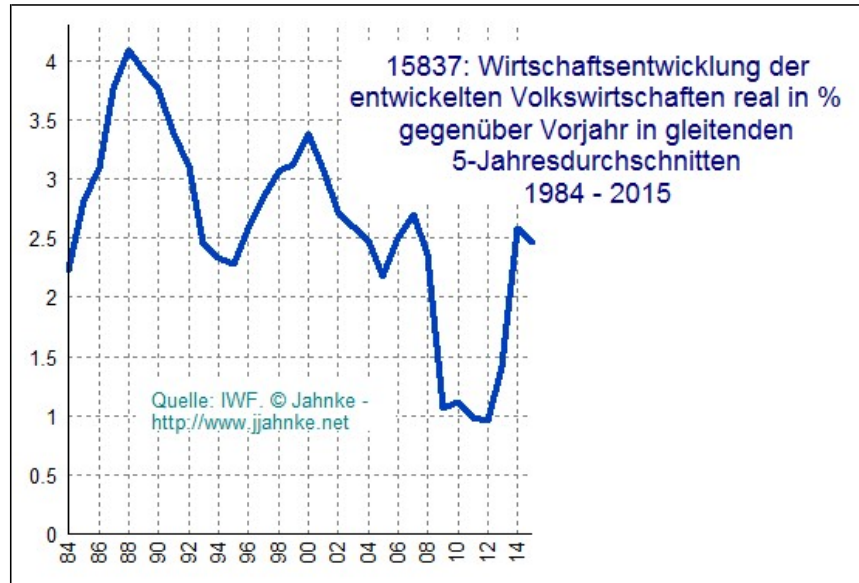


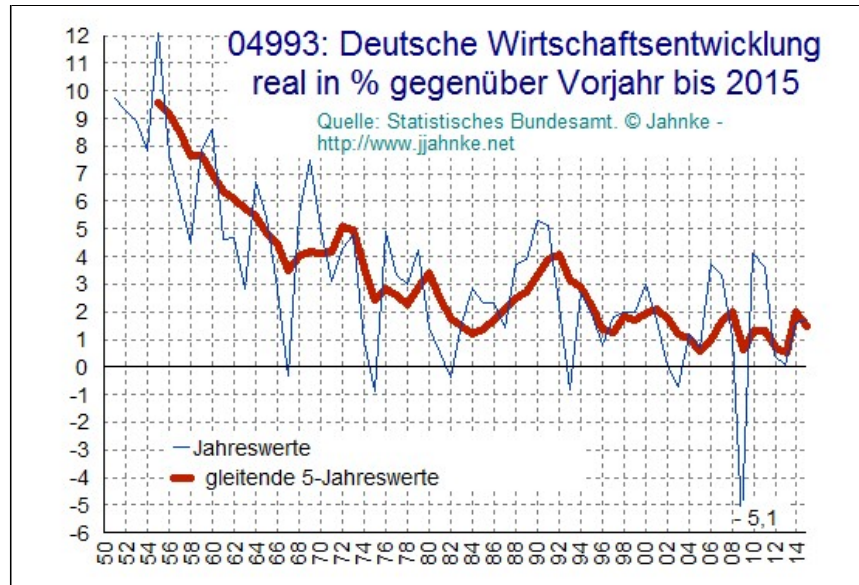
Doch Wachstum von Einkommen und Konsum ist jedoch überall dort unter den Bevölkerungen der Welt unverzichtbar, wo Hunger und Armut oder eine unangemessene soziale Diskriminierung herrschen. Allerdings heißt das nicht, daß die Volkswirtschaften insgesamt wachsen müßten. Denn eine Umverteilung auf der Basis von mehr sozialer Gerechtigkeit könnte diese Mißstände in vielen Ländern, auch Deutschland, abbauen, ohne daß die volkswirtschaftliche Leistung insgesamt zunehmen müßte. Das wäre eine echte Entwöhnung von der Wachstumsgesellschaft. Nur so würden wir nachhaltig unsere Umwelt schützen und die Lebensgrundlagen bei uns und anderswo langfristig erhalten.

Gesamtwirtschaftliches Wachstum ist in den entwickelten Industrieländern ohnehin weitgehend zur Karotte verkommen, die man den Benachteiligten vor die Nase hält, um sie - wo noch möglich - bei Laune zu halten. So werden von den Regierenden auf der Basis eines vorausgesagten gesamtwirtschaftlichen Wachstums immer wieder Arbeitsplätze für Arbeitslose und Unterbeschäftigte und bessere Einkommen für die versprochen, die von ihrem Einkommen nicht richtig leben können. Wie, wer sich mit den Daten vertraut macht, leider weiß, sind das nichts als Lippenbekenntnisse.

1. BIP-Entwicklung

Ein solides Wirtschaftswachstum findet in den modernen Industrieländern schon lange nicht mehr statt. Die Wachstumsraten bewegen sich in einem langfristigen Abwärtstrend (Abb. 15837, 19109, 04993).





Dabei wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bei der Bestimmung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ohnehin immer mehr hineingemogelt, was eigentlich gar kein Wachstum ist, wie beispielsweise die Beseitigung von Umweltschäden und Krankheiten oder die Waffenproduktion. Das BIP hat nur noch wenig mit dem Grad an Glücksgefühl in einer Gesellschaft zu tun. Sehr viel Wachstum wurde in der jüngeren Vergangenheit auf Pump erkaufte, indem die Kreditschleusen mit Niedrigstzinsen der Notenbanken und immer mehr Plastikgeld aufgerissen wurden. Wie die immer wieder ausbrechenden Krisen zeigen, ist dieses Wachstum nicht auf Nachhaltigkeit gegründet: es verfliegt in der Krise so schnell, wie es vor der Krise als Strohfeuer künstlich entstanden ist.

2. Entwicklung der sozialen Kohärenz

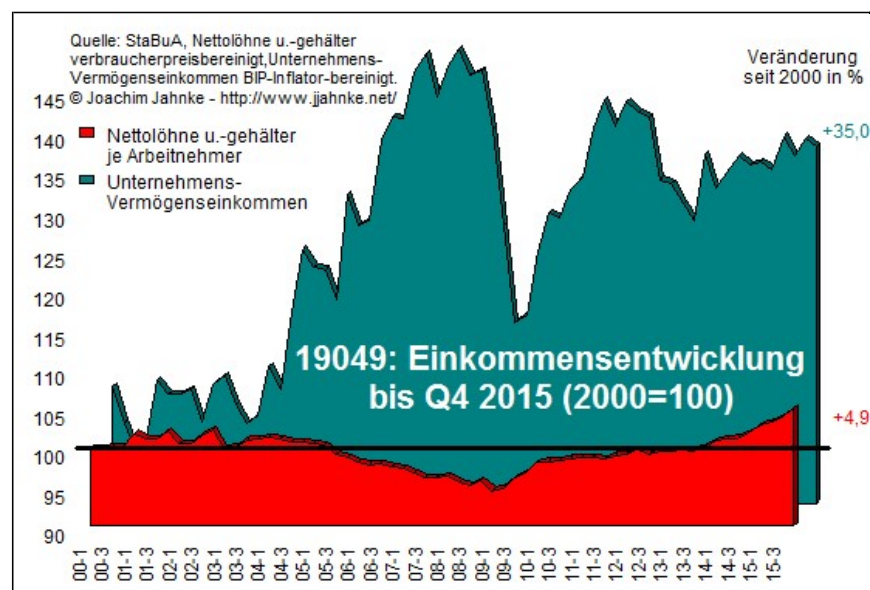
Nun werden viele schlaue Kommentare unter dem Titel "Entwöhnung vom Wachstum" oder so ähnlich geschrieben, wie jetzt gerade in "DIE ZEIT". Dort heißt es beispielsweise:

"Die Wende zu einer nachhaltigeren Gesellschaft funktioniert also nicht ohne einen neuen Lebensstil. Wir müssen weniger konsumieren. Allerdings wird

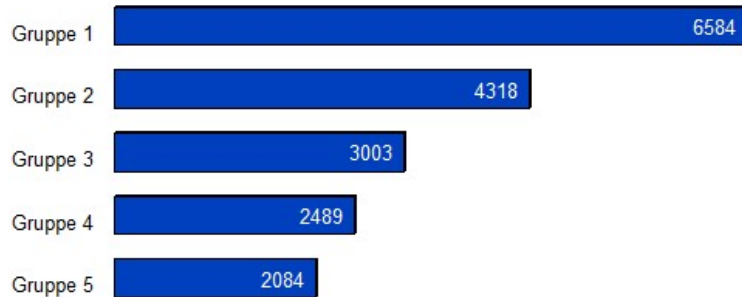
dann auch weniger verkauft werden; etwa deutlich weniger Urlaubsflüge und Autos. Ein Ende der Wachstumsgesellschaft liegt damit nahe, zunächst einmal in den Industriestaaten, die laut Paris-Abkommen beim Klimaschutz vorangehen sollen."

Kein Wort hier, daß sehr viele Menschen auch bei uns schon lange im Schatten der Konsumgesellschaft leben und man denen nicht auch noch Konsumverzichte auferlegen kann. Es ist einfach unverantwortlich, wenn solche Kommentare aus der wohlhabenden Ecke der Gesellschaft heraus, zu der diese Journalisten gehören, einfach an den sozialen Realitäten vorbeigeschrieben werden. Hier sollen ein weiteres Mal nur einige der sozialen Realitäten aufgelistet werden.

Arbeitnehmer sind generell mit der Entwicklung von Löhnen und Gehältern seit dem Jahr 2000 bis zum gerade gemeldeten 4. Quartal 2015 weit schlechter gefahren als die Besitzer von Unternehmen und Vermögen (Abb. 19049). Allerdings hat sich dann auch noch ein erheblicher Graben innerhalb der Löhne je nach sogenannten Leistungsgruppen aufgetan (Abb. 19063). Auf Niedriglohnniveau arbeitete nach den letzten verfügbaren Daten fast jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland. Der Anteil der trotz Arbeit Armen steigt immer weiter, nun schon über 9 % (Abb. 19136).



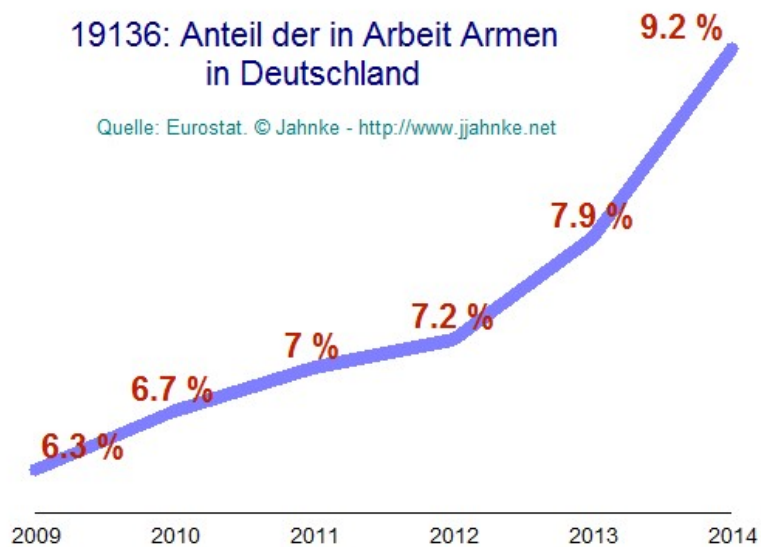
19063: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste nach Leistungsgruppen in Euro 2. Quartal 2015



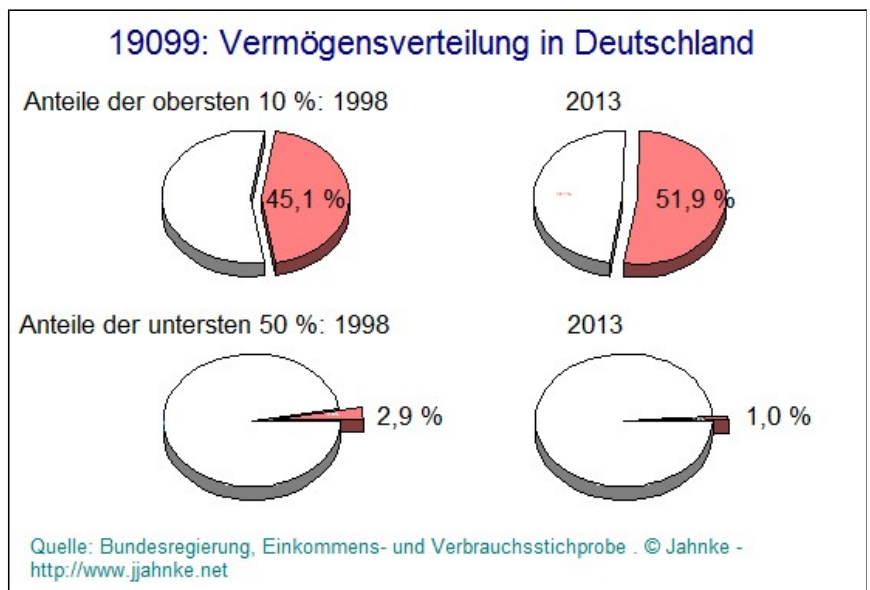
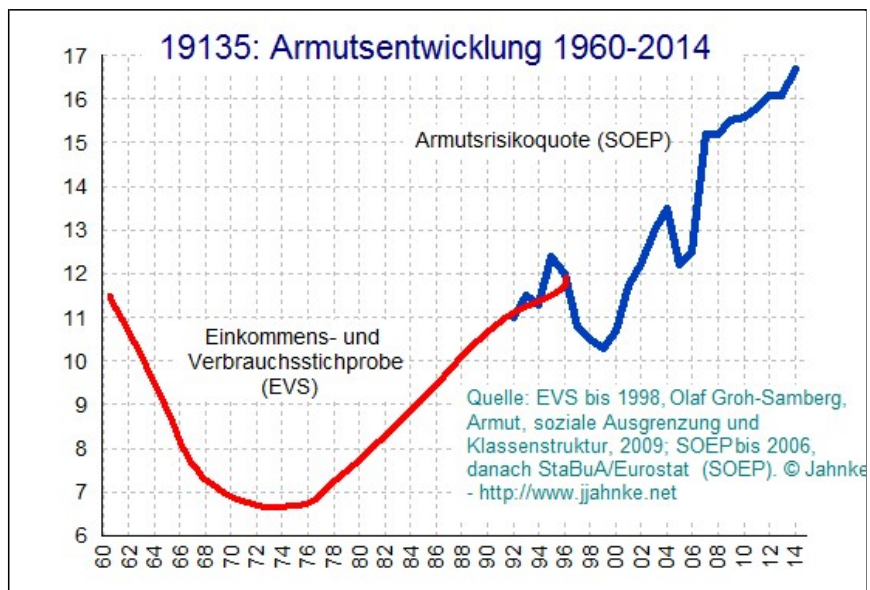
Quelle: Statistisches Bundesamt. 1=Leitende Stellung, 2=Herausgehobene Fachkräfte, 3=Fachkräfte, 4=Angelernte Arbeitnehmer, 5=Ungelernte Arbeitnehmer.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19136: Anteil der in Arbeit Armen in Deutschland

Quelle: Eurostat. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>



Auch die allgemeine Armutsquote klettert seit Jahren immer höher und liegt schon bei fast 17 % der Bevölkerung (Abb. 19135). Altersarmut ist heute in unserem eigentlich reichen Land ein Schicksal für immer mehr Menschen, zumal nach längeren Phasen von Arbeitslosigkeit oder Niedriglöhnen. Die untere Hälfte der deutschen Bevölkerung besitzt nur noch 1 % der Vermögen, die oberen 10 % dagegen haben sich fast 52 % angeeignet (Abb. 19099).



3. Fazit:

Es gibt auch in Deutschland breite Sozialbereiche, in denen wir wirtschaftliches Wachstum brauchen, um die immer weiter zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse abzubauen. Wegen der engen Grenzen für eine umweltschonende Gesamtentwicklung auch in

unserem Land wird das nur möglich sein, wenn sich Deutschland an eine teilweise Umverteilung macht. Die müßte mit dem Abbau der vielen Steuervorteile für Besserverdiener, die in Schritten seit Ende der 70er Jahre eingeführt wurden (z.B. durch Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmensbesteuerung), beginnen. Auch braucht es dafür die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für größere Vermögen. Schließlich müßte der Mindestlohn erheblich angehoben werden.

Ähnlich dem Mindestlohn müßte eine Obergrenze für Einkommen festgelegt werden. Nach einer repräsentativen Umfrage der Wochenzeitung DIE ZEIT wünschen sich 44 % der Befragten, daß in Deutschland eine solche Obergrenze festgesetzt wird. Nur knapp mehr als ein Viertel lehnen diesen Vorschlag klar ab, 29 % sind unentschieden.

Wenn man die enormen sozialen Verwerfungen abbaute, könnte sich unser Land an die notwendige Entwöhnung vom Wachstum machen, vorher jedenfalls nicht. Anderenfalls würde man die sozialen Disparitäten nur weiter hochfahren.

* * * * *

Hier können Sie diesen Rundbrief bewerten.